

„Frecher Populismus“

FDP kontert Kritik der Initiative Trinkwasser

RÜTHEN ■ Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Henze hat die Kritik der Initiative Trinkwasser Warstein/Kallenhardt an seinen Aussagen in der jüngsten Ratssitzung zurückgewiesen. „Gute Politik zeichnet sich letztlich dadurch aus, dass alle Interessen unter einen Hut gebracht werden. Das muss auch in diesem Interessenskonflikt unser übergeordnetes Ziel sein“, sagte er am Donnerstag.

Der Vorsitzende der Initiative, Werner Braukmann, hatte Henze unter anderem dafür kritisiert, dass er in der Debatte um eine Petition zum Schutz der Lörmeckequelle auf die Firma Westkalk als wichtigen Gewerbesteuerzahler Rütthens verwiesen hatte. Braukmann: „Das hat in der jahrelangen Diskussion im hiesigen Konfliktbereich Steinabbau und Wasserschutz tatsächlich noch niemand gewagt: Die Schutz Aufgabe des Staates gegen Geld aufzuwiegen. Politik ist käuflich, Herr Henze?“

Henze dazu am Donnerstag: „Auf der einen Seite geht es um den Trinkwasserschutz, der im Übrigen für die FDP höchste Priorität hat, und auf der anderen Seite müssen wir in einem solchen Fall immer auch unseren Haushalt bzw. unser Haushaltssicherungskonzept im Auge behalten.“

Wenn Herr Braukmann nun versuche, in seiner Stellungnahme das klischeehafte Bild des käuflichen Politikers zu zeichnen, so möge ihm das möglicherweise vordergründig gelungen sein. „Bei näherem Hinsehen dürfte aber wohl jedem klar werden, dass es sich hier um schlichtweg frechen Populismus handelt, der mit einer sachlichen Auseinandersetzung wenig zu tun hat“, sagte Henze. Es bleibe zu wünschen, dass die Abwägung der Interessen zwischen Trinkwasserschutz, Steinindustrie und auch der Stadt zukünftig durch Seriosität und dem ehrlichen Willen zur Einigung gekennzeichnet ist.

Die FDP unterschreibe sicherlich keine Petition, die so verklausuliert ist, dass beispielsweise wirtschaftliche Folgen – in diesem Fall das Unternehmen Westkalk betreffend – unklar blieben.

Hintergrund ist das geplante neue Landeswassergesetz in Nordrhein-Westfalen. In dem Gesetzentwurf wird zum Schutze der Trinkwasserversorgung die Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten reglementiert. Allerdings sind etwa für die heimische Steinindustrie Übergangsfristen vorgesehen. Gegen diese Fristen hatte die SPD in der Ratssitzung eine Petition vorgeschlagen.